



Bürgermeister Klose 1978, 1979\*: „Wenn ich vor die Hunde gehe, ist die Partei weg vom Fenster“

## „Langsam zerfrißt das Gift diesen Mann“

SPIEGEL-Report über Hamburgs SPD und die Demontage ihres Bürgermeisters Klose

**Verliert die SPD auch noch in Westdeutschlands größter Stadt die absolute Mehrheit? Hamburgs Bürgermeister Hans-Ulrich Klose, dessen Popularität seit der Giffaffäre Stoltzenberg gemindert ist, hat sich auf einen Klein-**

**krieg mit dem Zeitungsmonopol des Verlegers Axel Springer eingelassen. Munition für Presse-Attacken liefern konservative Genossen, die sich auf Helmut Schmidt berufen: „Den Klose muß man in den Dreck stoßen.“**

Keine zwei Jahre ist es her, da sah Hans-Ulrich Klose, 42, allen Grund zur Freude: „So schön“, jubelte er, „kann das Leben sein.“

Im Januar 1978 hatten Hamburger SPD-Delegierte aller Flügel ihn, mit 94 Prozent der Stimmen, zum Bürgermeister-Kandidaten nominiert; im Mai, mitten im Wahlkampf, kam publizitätsträchtig ein Sohn, Johannes, zur Welt; im selben Monat versahen die Wähler den sozialdemokratischen Spitzenmann mit einer Mehrheit von 51,5 Prozent. „Wir dürfen“, warnte Klose im Siegesrausch, „nicht übermütig werden.“

Keine leichte Sache. „Uns Ulli“ war in jenen Tagen, wie sich der freidemokratische Ex-Senator Dieter Biallas nicht ohne Neid erinnert, „everybody's darling“, in Hamburg nahezu so populär wie einst HSV-Star Uwe Seeler.

Keineswegs nur Genossen trauten dem jungenhaft wirkenden Lokalpolitiker damals eine große Zukunft zu. „Der Mann“, schwärmte der SPD-Abgeordnete Conrad Ahlers, „hat was vom Format Willy Brandts.“ An „den Hamburger Helmut Schmidt“ fühlte sich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ erinnert, und offenbar ohne Hintersinn nannte das Blatt den strahlenden Hans-Ulrich einen „Hans im Glück“.

\* Als Wahlsieger (l.); mit Sprecher Bissinger bei einer Pressekonferenz zum Stoltzenberg-Skandal (r.).

Ein verunglückter Vergleich? War der Hans im Glück des Grimmschen Märchens nicht jener Jüngling, der — realitätsfern und falsch beraten — einen kindskopfgroßen Klumpen Goldes schließlich gegen einen Wetzstein eintauschte, der ihn ganz erbärmlich drückte?

Eigenartig: Nun, im nachhinein, hält manch einer für treffend, was zunächst ein total mißbratenes Bild schien. Denn sein glänzendes politisches Startkapital hat der Hamburger Steilstarter mittlerweile großenteils verspielt.

Kloses hohe Popularität (Beliebtheitswert im Mai 1978: plus 2,6 auf einer Skala von minus 5 bis plus 5) ist vertraulichen Senatsuntersuchungen zufolge deutlich gesunken — jüngster Wert: plus 1,6. Bedrückt von Affären, bedrängt von politischen Gegnern, sieht sich der Bürgermeister von der Bürde seines Amtes seit Wochen, „vorsichtig gesagt, etwas wundgerieben“.

Vom CDU-Oppositionsführer Jürgen Echernach wird der Rathaus-Regent sogar als politisches Wrack verhöhnt; Klose appelliere „nur noch an das Mitleid seiner Umwelt“. Doch ganz mitleidlos springen selbst prominente Genossen mit dem Bürgermeister um: Helmut Schmidt läßt Klose einen „Wichtigtuerschimpfen (Kanzler-Sprecher Bölling), Bonner Kabinettsmitglieder giften, man müsse „sich ja schämen, Hamburger zu sein“.

Beim Berliner SPD-Parteitag wurde der Bürgermeister von vielen Delegierten demonstrativ geschnitten. Nachdem er stundenlang isoliert im Kongreßzentrum gesessen hatte, reiste er vorzeitig ab — wegen einer Erkältung, aber wohl auch, so ein Parteifreund, „wegen Unterkühlung“.

Ausgerechnet in der „Bild“-Zeitung hatte schon Wochen zuvor SPD-Landeschef Oswald („Ossi“) Paulig gedroht, die Rathaus-Fraktion werde „nicht endlos“ ihrem Bürgermeister „Flankenschutz und Rückenstärkung“ bieten. Schlagzeile überm Paulig-Interview: „Klose? Ein Mann wie Schmidt müßte her!“

Lokalreporter sehen — wen wundert's — den Vielgescholtenen „wie einen geprügelten Hund durchs Rathaus schleichen“ („Hamburger Abendblatt“), porträtieren ihn als „psychisch und physisch angeknackst“ und „um Jahre gealtert“ („Welt am Sonntag“) oder geben vor, es „erschütternd“ zu finden, „wie das Stoltzenberg-Gift diesen Mann langsam zerfrißt“ („Die Welt“).

Doch zehrt an Klose, den in den Tagen des Munitionsskandals schon Rücktrittsgedanken plagten, tatsächlich nur solcherart Gift? Und: Ist nicht auch Hamburgs Sozialdemokratie angeschlagen? Fällt demnächst, nach Großstädten wie München, Frankfurt und Düsseldorf, auch noch die rote

**Was Ihnen recht ist,  
kann unmöglich billig sein.**

Astor Mild Nikotin 0,7 mg/Kondensat 10 mg · Astor Filter 0,8/14 · Astor ohne Filter 1,2/22 (Durchschnittswerte nach DIN)



## **Es lebe der feine Unterschied.**

Der reiche Geschmack der neuen Astors ist jedem wahren Genießer teuer.  
Hier ist der feine Unterschied im 3-Sterne-Stil:

Mit der neuen „Astor Mild“ für den besonders anspruchsvollen Leichtraucher.  
Mit der aromatischen „Astor Filter“ für den wahren Kenner einer  
mittelkräftigen Mischung von hohem Rang. Und mit der „Astor ohne Filter“ für den,  
der einen ungewöhnlich vollen Geschmacksreichtum am liebsten  
ohne Filter genießt.

**Der exclusive Astor-Geschmack in drei erlesenen  
Variationen.**

**Die neuen Astors. Das 3-Sterne Sortiment.**



Hansestadt an die schwarze Union? SPD-Politiker halten derlei Spekulationen für absurd. Eine Niederlage ausgerechnet in der politischen Heimat Helmut Schmidts, Herbert Wehners und Hans Apels, in der laut Altgenosse Bebel „sozialistischen Hauptstadt“ Deutschlands — das ist in der Tat schwer vorstellbar.

Gleichwohl sind in der SPD der Hansestadt, die 22 Jahre lang als politischer Pachtgrund der Sozis galt, Verschleißerscheinungen unübersehbar.

Öffentlich rügt der bissige Landeschef Paulig, genannt der „Bär von Bergedorf“, Klose lasse „den Senat führungslos aussehen“. Kaum zu bremsen scheint organisatorischer Niedergang: Die Zahl der Mitglieder, 1950 noch um 50 000, ist infolge „galoppierender Schwindsucht“ (SPD-„Vorwärts“) auf knapp 29 000 gesunken, während der Hamburger CDU-Bestand von rund 1000 auf 14 000 zunahm.

Wie sehr personelle Auszehrung der Partei mittlerweile zu schaffen macht, zeigte sich kürzlich, als die SPD einen Nachfolger für den Justizsenator Frank Dahrendorf suchte, der während der Stoltzenberg-Affäre zurückgetreten war. 55 Tage vergingen, bis der Bürgermeister dem Landesparteitag wenigstens eine „Notlösung“ (Delegierten-Stimme) vorschlagen konnte: die als Justizpolitikerin noch nie hervorgetretene Verwaltungsexpertin Eva Leithäuser, 54, Präsidentin der Hamburger Oberpostdirektion. Ein Drittel des Parteitag versagte ihr die Ja-Stimme.

Die langwierige Auswahl-Prozedur demonstrierte aufs neue, wie eng der Spielraum des Hamburger Bürgermeisters ist. Nicht nur, daß ihm — anders als den Ministerpräsidenten anderer Bundesländer — in seinem Kabinett laut Verfassung keine Richtlinienkompetenz zusteht. Er muß sich vielmehr auch mit einer Fraktion arrangieren, die keineswegs auf sein Kommando hört, und Beschlüsse einer Landespartei berücksichtigt, die zusehends an Selbstbewußtsein gewonnen hat.

Noch Anfang dieses Jahrzehnts war mit der Hamburger SPD ganz gut zu regieren gewesen. Die hanseatische Staatspartei hatte, so das Urteil der örtlichen Freidemokraten, reichlich „Mehrheitsspeck“ angesetzt, war „unheimlich verfilzt“ und zeigte „erstarrte bürokratische Züge“. In Bonn galt die Landesorganisation als „CSU der SPD“. „Einen linken Flügel“, erinnert sich ein Vorstandsmitglied, „gab es damals bei uns nicht.“

Erst nachdem die radikaldemokratisch gestimmten „Achtundsechziger“ in den Institutionen der Hamburger SPD Fuß gefaßt hatten, begann der Verband sich allmählich zu ändern. Mittlerweile beherrscht „eine sanfte linke Mehrheit“ (Vorstandsmitglied Freimut Duve) die Landesparteitage, deren Delegierten nun auch schon mal

Helmut Schmidts Atomkurs kritisieren. Nach der Bürgerschaftswahl im letzten Jahr ist auch die Zahl der Linken unter den Rathaus-Parlamentariern gestiegen; sie verdoppelten sich auf etwa zwanzig, machen aber noch immer eine Minderheit innerhalb der 69köpfigen Bürgerschaftsfraktion aus.

Wie labil die Mehrheitsverhältnisse in der Landespartei sind, offenbarte sich jüngst, als der Atomgegner und Rowohlt-Lektor Duve, 43, dem rechten Rentenexperten Eugen Glombig, 55, das langjährige Bundestagsmandat streitig machte. Die Genossen vom Wahlkreis Mitte gaben, entgegen den Ratschlägen Schmidts und Wehners, Duve den Vorzug — mit einer Mehrheit von einer einzigen Stimme.

Mitgliederstruktur und Machtverhältnisse erlauben Hamburgs Sozialdemokraten mithin einen vorsichtigen Mitte-Links-Kurs, zwingen den Bürgermeister jedoch zu mannigfacher Rücksichtnahme. Wichtige Personalentscheidungen fallen nicht ohne die sie-



**SPD-Fraktionschef Hartmann**  
Heimlicher Bürgermeister

ben mächtigen Kreisvorsitzenden, und die Auswahl neuer Senatoren obliegt einer eigens eingerichteten Findungskommission. Deren Zusammensetzung — vier Linke, vier Rechte, dazu der Bürgermeister — trägt zwar dem innerparteilichen Proporz Rechnung, erschwert jedoch die Einigung auf qualifizierte, aber eindeutig flügelgebundene Kandidaten.

Vor schier unlösbar anmutenden Problemen stünde Hamburgs SPD, sollte ihr dünnhäutiger Bürgermeister eines Tages seinen immer wieder mal aufflackernden Rücktrittsnegungen nachgeben. „Wenn ich hier auch noch vor die Hunde gehe, ist die Partei weg vom Fenster“ — so jedenfalls sprach Klose, als er vor ziemlich genau fünf Jahren die Nachfolge des Wahlverlie-

bers Peter Schulz (Stimmen-Minus 10,4 Prozentpunkte) antrat.

Tatsächlich ist zumindest unter Hamburgs Lokalpolitikern derzeit kaum jemand, dem die Genossen vertrauen, der SPD die absolute Mehrheit zu sichern, wenn Klose mal nicht mehr will. Um so mehr bewegt die Sozialdemokraten und ihre Gegner weit über Hamburg hinaus die Frage, ob der einstige „Wunderknabe“ und „Menschenfänger“ (Partei-Mund) nur unter einem Formtief leidet oder ob sein Popularitätsverfall anhalten wird.



**SPD-Landesvorsitzender Paulig**  
Bissiges vom Bären

An Spekulationen über die Ursachen mangelt es nicht. Doch keiner der Erklärungsversuche, für sich genommen, überzeugt; viele führen in die Irre.

Sicher scheint nur, wer *nicht* zu Kloses Krise beigetragen hat: Hamburgs schwache CDU (1978: 37,6 Prozent). Deren Spitzenleute haben es offenbar nicht einmal verstanden, von der Giftaffäre zu profitieren. Noch immer kommt ihr glückloser Vormann Echter nach „echt danach“ (Hanseaten-Spott): Seine ohnehin traurigen Popularitätswerte sind in den letzten Monaten weiter gefallen (von minus 0,2 auf minus 0,5), so daß Parteifreunde schon planten, den hannoverschen Finanzminister Walther Leisler Kiep als neuen Spitzenmann nach Hamburg zu holen.

Ist das SPD-Elend mithin hausgemacht? Findet der Extremistenbeschluß-Reformer Klose für seinen „neuen Kurs“ womöglich keine stabile Mehrheit? Auch dieser Eindruck trügt: So umstritten Kloses Vorstöße in der Öffentlichkeit auch sind, auf Parteitag fand sich dafür allemal breite Unterstützung. Mehr als Dreiviertel der Delegierten etwa billigten im November 1978 die Bürgermeister-Pläne zur Liberalisierung der Radikalenabwehr. Und



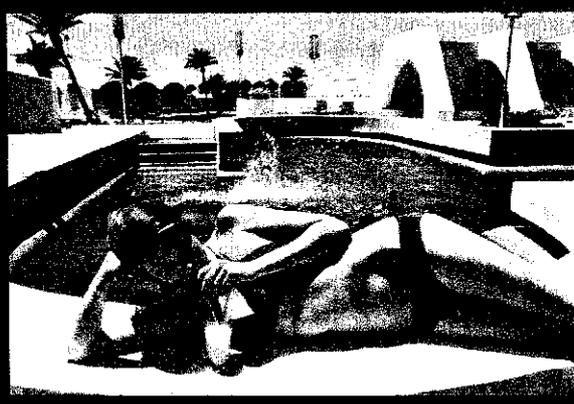
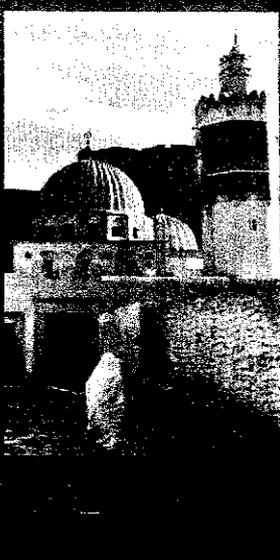
Wir sind im Tourismus kein Riese. Und wir wollen es auch nie sein. Der Grund: Wir möchten, daß sich unsere Gäste bei uns wohl fühlen. Sie sollen ein Land vorfinden und Menschen, die nicht durch zuviel Tourismus ihre Persönlichkeit verloren haben. Tunesien soll Tunesien bleiben. Und wir möchten, daß sich der Gast bei uns auch wirklich noch als „Gast“ fühlen kann und nicht als bloße Nummer. Deshalb bieten wir im Vergleich zu anderen Ländern wenige, dafür aber individuelle Hotels mit persönlichem Service.

Die Kehrseite: Tunesien muß man schnell buchen. Deshalb empfehlen wir unseren Freunden, für das Frühjahr und den Sommer rechtzeitig ihre Pläne zu machen.

## Tunesien. Ihr Platz an der Sonne 1980.

Wir haben viel zu bieten: nicht nur strahlende Sonne, feine Sandstrände und glasklares Meer, sondern z. B. auch Kulturdenkmäler unserer dreitausendjährigen Geschichte, eine Küche für Feinschmecker, pulsierendes Leben in den Suks und Basaren unserer uralten Städte und eine mitreißende Folklore. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Auf Wiedersehen in Tunesien



**Tunesien –  
im Süden des Mittelmeers,  
zwei Flugstunden nah.**

Bitte senden Sie mir nähere Unterlagen  
über Tunesien:

Name: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_

### Fremdenverkehrsamt Tunesien

Am Hauptbahnhof 6,  
6000 Frankfurt (Main),  
Telefon (0611) 2318 91

Graf-Adolf-Straße 100,  
4000 Düsseldorf,  
Telefon (0211) 35 94 14

selbst die eher rechten Rathauspolitiker der SPD stehen ihrem Bürgermeister in Kampfabstimmungen gegen Echternachs Christdemokraten stets „vasallentreu zur Seite“ — so der einflußreiche Fraktionschef und Gaswerkdirektor Ulrich Hartmann, 41, in dem viele Genossen den „heimlichen Bürgermeister“ der Hansestadt sehen.

Auch bei Hamburgs Wählern scheint die sozialdemokratische Administration — trotz Giftskandal — einen weniger schlechten Ruf zu haben, als Zeitungskommentare über „Kloses Waterloo“ („FAZ“) glauben machen können.

Auf die Frage, welcher Partei sie ihre Stimme geben würden, wenn „am nächsten Sonntag Bürgerschaftswahl“ wäre, nannten im Oktober, nach dem Stoltzenberg-Fall, 51 Prozent die SPD. Das sind zwar sieben Prozentpunkte weniger als vor dem Giftskandal, aber fünf Punkte mehr als im Mai 1978, kurz vor Kloses Rekord-Wahlergebnis.

Und befragt, ob ihnen ein SPD- oder ein CDU-Spitzenmann als Bürgermeister lieber wäre, nannten jüngst noch 62 Prozent Klose (exakt so viele wie im Mai letzten Jahres).

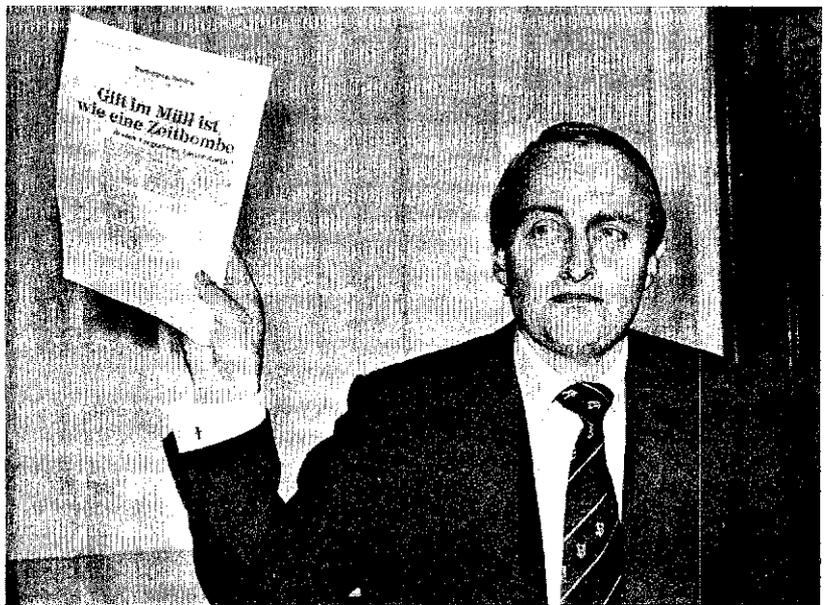
Ist bei alledem der Image-Verlust des Regierungschefs letztlich nur das Produkt mißgünstiger Journalisten, vor allem der in Hamburg marktbeherrschenden Kampfpresse des Verlegers Axel Springer, dem der „am weitesten links stehende Landesfürst“ („Bild“) schlicht zu weit links steht?

Manch ein Nicht-Springer-Kommentator sieht es so. „Mr. Kloses Unglück ist es“, analysiert der Londoner „Economist“, „daß rund 80 Prozent der Tageszeitungen in Hamburg und all seine Sonntagsblätter vom rechten Springer-Verlag kontrolliert werden“, der nicht nachlasse, den Bürgermeister zu verhackstückten — „to make a meal of him“. Klose selber klagt, er sei Objekt einer „Kampagne, die dieses Monopol gegen mich führt“.

Er geht jedoch nicht so weit, schlankweg zu behaupten, Springers Monopolblätter seien pauschal und prinzipiell auf Feindseligkeit gegenüber sämtlichen Sozialdemokraten festgelegt — der Bürgermeister weiß es besser.

Noch im Mai letzten Jahres rühmte die „Welt“ Klose als einen „Staatsmann“, der „akzeptabel“ selbst für „die konservative Wählerschaft Hamburgs“ sei. „Bild“-Reporterinnen berichteten überschwänglich vom Hofe des Bürgermeisters. Typische Schlagzeile 1978: „Elke Klose ißt dauernd Marzipantorte — das muß ja ein süßes Baby werden“.

Damals allerdings war Klose noch bereit, einen Ratschlag zu beherzigen, den der einstige Hamburger Senator Helmut Schmidt ein Jahrzehnt zuvor seinen Parteifreunden erteilt hatte: Wer in der Hansestadt „politischen Selbst-



Hamburger CDU-Chef Echternach: Immer noch „echt danach“

mord“ vermeiden wolle, dürfe sich mit Springer nicht anlegen.

Ähnlich wie der greise SPD-Bürgermeister (1965 bis 1971) und Springer-Freund Professor Herbert Weichmann — den die Lokalpresse zum „Gottvater“ (Partei-Neckname) emporstilisierte — war Klose jahrelang bemüht, sich mit dem Konzern zu arrangieren. 1975 stellte er für eine Werbekampagne des Springer-Verlages gar ein Porträtfoto zur Verfügung.

Einen SPD-Prominenten wie Klose freundlich zu behandeln entsprach — weitverbreitetem Vorurteil zum Trotz — durchaus der Geschäftspolitik, die der Verlag in SPD-Hochburgen wie

Hamburg und West-Berlin verfolgt: Bemüht, ihre großenteils sozialdemokratisch gestimmte Leserschaft zu halten, attackieren Springers Massenblätter zwar regelmäßig die Parteilinke. Populäre Spitzenpolitiker aber werden hofiert, solange sie sich keine politischen Blößen geben und nicht die Mediengeschäfte des Pressezaren stören.

Klose stört seit letztem Jahr erheblich — seit er, ziemlich unvermittelt, nach der Bürgerschaftswahl eine „Neue Politik“ ausrief und sich damit in der Sicht seiner Kritiker jählings vom Rechten zum Linken wandelte.

Was Klose zum Kurswechsel trieb, blieb selbst manchem seiner Hambur-



Hamburger Gifffabrik Stoltzenberg\*: „Kloses Waterloo“

\* Räumung des Firmengeländes, September 1979.

# Der Beweis: Klose sagte nicht die Wahrheit

## Herz-Elektro-Pumpenamt tot

**Politiker-Karrieren**  
**Aufstieg und Fall des  
Hamburger Bürgermeisters**

**HANS-ULRICH KLOSE**  
**Sein liebstes  
Wort ist „ICH“**



Der Herr Bürgermeister ist ein Mann, der sich nicht scheut, sich selbst in den Mittelpunkt zu stellen. Er ist ein Mann, der sich nicht scheut, sich selbst in den Mittelpunkt zu stellen. Er ist ein Mann, der sich nicht scheut, sich selbst in den Mittelpunkt zu stellen.

# Hamburger Abendblatt

Freitag, 5. Oktober 1979  
UNABHÄNGIG - Freie Presse - DREI-PARTeilICH

**„Hamburgs  
Gesamtschul-  
Abschluß  
nicht mehr  
anerkennen“**

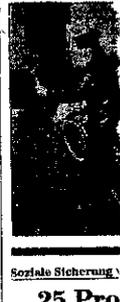
Hamburg, 5. Oktober. Die Hamburger Gesamtschule wird nicht mehr als Schulform anerkannt. Die Entscheidung fällt der Senat der Freien Hansestadt Hamburg. Die Gesamtschule wird als Schulform nicht mehr anerkannt. Die Entscheidung fällt der Senat der Freien Hansestadt Hamburg.



**Der Giftskandal  
von Eidelstedt**

**Staatsrat Rebels  
sagte aus**

**Klose  
schwer  
belastet**



**Talcid von Bayer.**  
**Talcid tut auch dann noch  
etwas für Ihren  
sauren Magen wenn Sie**

Hamburg, 5. Oktober. Bei der ersten öffentlichen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Gitterkabinenbau der Hamburger Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose schwer belastet worden. Alles spricht nach der Vermutung des Ausschusses.

23. Sept. 1979 1.30 Uhr  
**HSV: Elfergehalten  
und doch verloren**

7:5 in Frankfurt, Bayern schief Beide Tore  
8:51 Borussia Dortmund ist  
jetzt neuer Spitzenreiter  
Brennen - Leverkusen 1:1

**Gift-Skandal: Bürgermeister im Kreuzfeuer**

# Stürzt jetzt Klose?

Keine Entschuldigung: Krebserkrankte in Kindertagesstätten unter der Aufsicht von Klose - Staatsrat Rebels: Hamburger Regierungschef grundsätzlich verurteilt

**Klose  
2 Senatoren  
belasten ihn!  
Das Ende?**

25 Pro  
das Al  
die Ges

### Schlagzeilen Hamburger Springer-Blätter: Erst Marzipantorte, dann Knochen

ger Parteifreunde verborgen. „Was zum Teufel ist in diesen Kerl gefahren“, wird SPD-Chef Paulig von Genossen bestürmt, „nimmt der Ulli neuerdings Hasch? Hat er die Midlife-Krise? Steckt seine Frau dahinter? Oder was?“ Paulig pflegt dann platt zu antworten: „Weet ick nich.“

Dabei liegen die Gründe auf der Hand. Wahlanalysen offenbarten dem Bürgermeister letztes Jahr, daß gut 20 Prozent der Wähler im Alter zwischen 18 und 25 Jahren grüne, rote und bunte Gruppierungen links von der Hamburger SPD bevorzugten. „Um bei diesen jungen Menschen Vertrauen zurückzugewinnen“, mußte sich der Bürgermeister mithin bemühen, das biedere Design der Landespartei zu modernisieren. Klose voriges Jahr in einem Funk-Interview: „Dies Image wird uns nicht gerecht“ — es schien obendrein auch einer Karriere in der Bundespartei im Wege zu stehen.

Die Image-Korrektur gelang ihm so gründlich, daß der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg nun manch einem Zeitungsleser geradezu als ein Radikaler im öffentlichen Dienst erscheinen muß, und als total unfähig dazu.

In Springers „Welt“, die den Bürgermeister im „Marx-Expresß nach Utopia“ rollen sieht, reimt Hauspoet „Bonnifaz“ über den einstigen Verlagsgünstling:

Klose kommt mit Lenins Knochen quer im Mund hervorgekrochen... Seit dort bürgermeister Klose, geht's in Hamburg in die Hose... Extremisten, ob sie stinken oder nicht, putzt er die Klinken... Mehr als die hat Gripps und Pose Klose schon in seiner Hose.

Und so, endlos, weiter. Mit der Beschreibung seines politischen Standorts allerdings tun sich Kloses neue Gegner bisweilen schwer. Für die „Welt am Sonntag“ („WamS“) etwa ist aus ihm, gar kein Zweifel, „ein Linker geworden, parbleu, und was für einer“. Für das Schwesterblatt „Bild am Sonntag“ („BamS“) wiederum ist Klose, zum selben Zeitpunkt, „kein Linker, er will es offenbar auch nicht werden“ — „das macht die Sache so verwirrend“ (Kolumnist Peter Boenisch).

Der Bürgermeister selber hält sich für „einen Liberalen, vielleicht einen Individualisten“. Dem Hamburger Parteilinken Duve erscheint er als „staatsreformerischer Macher“ — Einschätzungen, die durch die Analyse von Klose-Reden, -Aufsätzen und -Interviews der letzten Monate bestätigt werden.

Im Kontext gelesen, nehmen sich selbst die am spektakulärsten kommentierten Äußerungen, etwa zur Theorie vom „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (Stamokap), systemfromm aus. Bestürzt über das Ausmaß staatlicher Wirtschaftssubventionen, das gegen die „reine Lehre der Marktwirtschaft“ verstoße, hatte Klose den Staat einen „Re-

paraturbetrieb des Kapitalismus“ genannt und gesagt:

So würde ich heute nicht mehr ohne weiteres bereit sein, die Analyse von Stamokap als ganz und gar falsch zurückzuweisen... Ich halte die Therapie-Vorschläge von Stamokap nach wie vor für nicht richtig.

Solche Sätze erlauben kaum Zusammenfassungen wie „Klose entdeckt seine Liebe zur Juso-Theorie des Stamokap“ („WamS“), sie lassen eher Applaus von gestandenen Marktwirtschaftlern erwarten.

Tatsächlich hat Otto Wolff, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Klose inzwischen in dieser Frage „in Ansatzpunkten“ Recht gegeben\*. Und auch Altbürgermeister Weichmann nimmt seinen Nachfolger vor Fehlinterpretationen in Schutz: „Was er mit diesen Äußerungen gesagt hat, ist im Grunde genommen eine uralte Binsenweisheit.“

Ähnlich knalligen Widerhall wie das Stamokap-Zitat fanden Kloses Aussagen zur Reform der Extremistenabwehr — ein Punkt, in dem es zwischen der Landes- und der Bundespartei „keinerlei Meinungsverschiedenheiten“ (Egon Bahr) gibt. Klose hatte wiederholt gefordert, die Lehrerschaft sei von Extremisten „nach Möglichkeit freizu-

\* Wolff vor der diesjährigen DIHT-Vollversammlung: „Wenn durch das unternehmerische Verhalten die Türen für Interventionen und staatliche Mitsprache geöffnet werden, dann ist die politische Forderung, die Herr Klose erhebt, nicht ganz ohne Logik.“

halten“, aber überzogene Schnüffelei abgelehnt: „Lieber stelle ich 20 Kommunisten ein, als daß ich 200 000 junge Menschen verunsichere.“

In „BamS“ las sich das dann so:

Der Hamburger Bürgermeister bittet bekanntlich die Kommunisten ... nicht mehr böse zu sein und doch bitte zu Hunderten als Lehrer in die Schule zu kommen.

Klose setzt sich gegen derlei Behauptungen vor Gerichten und mit Gegendarstellungen zur Wehr. Und als erster prominenter SPD-Politiker scheint Hamburgs Bürgermeister, der sich seit Monaten „Bild“-Interviewwünschen versagt, entschlossen, seine Haltung gegenüber dem Pressekonzern durchzusetzen: „Ich kann bei meinen Erfahrungen“, sagt er, „kein Appeasement mit dem Haus Springer machen.“

Draufgängerisch bekämpft Klose selbst massive Springersche Geschäftsinteressen. So legt er sich quer gegen die Privatfernsehlpläne des Verlegers („Nicht auch noch ‚Bild‘ auf der Mattscheibe“), spricht über die Notwendigkeit, als „Gegenmaßnahme“ gegen ein Verleger-TV in Regionen mit Pressemonopolen öffentlich-rechtliche Zeitungen zu gründen („Keine Parteiblätter“), und denkt laut über die Möglichkeit nach, „daß die Sender eigene Programmzeitschriften herausgeben“ — was ein Schlag gegen Springers Millionenblatt „Hörzu“ wäre.

Der Konzern kontert. Die „Bild“-Zeitung, klagen seit einiger Zeit Senatsbeamte, vermeldet kaum mehr Positives über die Stadtregierung. Ob der Senat ein „Familienpolitisches Programm“ verabschiede oder der frisch gewählte Bundesratspräsident Klose eine bundesweit beachtete Antrittsrede hält — in der Hamburger „Bild“-Ausgabe stünden darüber allenfalls wenige Worte. Gleichwohl sind Kloses Berater der Ansicht: „Man kann notfalls auch ohne ‚Bild‘ Politik machen.“



**Klose-Berater Bilstein**  
Skat im Syndikat

Solche Zuversicht zapfen die Senatsexperten aus vertraulichen Meinungsumfragen über Politikerresonanz und Presse einschätzung, die Hamburgs Stadtregierung vom Godesberger Infas-Institut fertigen läßt. Danach beziehen zwar die meisten Hamburger Wahlberechtigten Informationen über politische Landesereignisse aus Springer-Blättern (31 Prozent aus „Bild“, 36 Prozent aus dem „Hamburger Abendblatt“, 7 Prozent aus „Welt Hamburg“)\*.

Auf die Frage jedoch, welcher Quelle „glauben Sie am meisten“, nennt nur eine Minderheit die Konzern-Zeitungen: 19 Prozent halten das gelegentlich liberal argumentierende „Abendblatt“ für am objektivsten, nur vier beziehungsweise drei Prozent jedoch „Welt“ und „Bild“, die Rechtsausleger des Verlagshauses.

Fazit der Senatsberater: Solange eine derart große „Glaubwürdigkeitslücke“



**Klose-Berater Kramer**  
Dreieck außer Balance

klafft und Klose seinen weiten Popularitätsvorsprung vor Echternach hält, brauche die SPD „Bild“-Polemik kaum zu scheuen; die Leser bekämen „die ständigen Angriffe satt“.

Und: Sollten die Blätter ihre Anti-Klose-Attacken allzusehr überziehen, müßten sie Verkaufseinbußen einstecken. Infas zufolge sind in Hamburg rund ein Drittel der „Bild“- und „Abendblatt“-Leser SPD-Anhänger. Klose: „Ich halte den berühmten kleinen Mann auf der Straße für zu klug, als daß er sich von solchem Quatsch auf Dauer beeinflussen ließe.“

Bis zum Sommer dieses Jahres schien Klose recht zu behalten. Weder die Stamokap- noch die Extremisten-Dis-

\* Weitere Informationsquellen: „Hamburger Morgenpost“ (26 Prozent), Lokalblätter (12 Prozent), Hörfunk-„Umschau am Abend“ (29 Prozent), Fernseh-„Berichte vom Tage“ (47 Prozent); Mehrfachnennungen möglich.



**Klose-Berater Hackmann**  
Gerüchte über Rasputine

kussion hatten bis dahin die SPD-Treue der Hamburger Wählermehrheit zu erschüttern vermocht, auch nicht eine örtliche Theater-Kabale, in der Klose keine gute Figur machte. Bei der Europawahl im Juni erzielte die Landespartei das nach Bremen bundesweit beste Resultat (52,2 Prozent). Im Juli und August bekundeten bei Umfragen vorübergehend sogar 58 Prozent die Absicht, für die SPD zu stimmen; Echternachs Union stürzte ab auf 21 Prozent. Ein Klose-Mann: „Phänomenal.“

Zu früh gefreut? Die Rathaus-Riege hatte, so scheint es nun, in ihrer Rechnung zwei gewichtige Faktoren vergessen. Die Glaubwürdigkeitslücke der Springer-Zeitungen muß schrumpfen,

- ▷ wenn der Bürgermeister sich durch geballte Angriffe der Monopolblätter zu Reaktionen verleiten läßt, die sodann von sämtlichen Medien kritisiert werden, oder
- ▷ sobald sich auch nur einzelne SPD-Prominente bereit finden, Klose in Springer-Zeitungen anzugreifen und damit deren maßloser Kritik einen Hauch von Seriosität zu verleihen.

Beides aber ist während der letzten Wochen in Hamburg gleich mehrfach geschehen. „Der Bürgermeister hat“, sagt ein Klose-Kenner, „während der Gift-Affäre die Nerven verloren, als Springer-Blätter seinen Kopf forderten, und sich in eine Rücktrittsdiskussion drängen lassen, die ihn objektiv angreifbar machte. Er hat außerdem die Verbitterung einzelner Genossen unterschätzt, die, als er angeschlagen war, alte Rechnungen beglichen haben.“

Tatsächlich hatte Klose auf erste Meldungen über die Stoltzenbergsche Gift-Klitsche („BamS“: „Der ungeheuerlichste Umwelt-Skandal in der Geschichte der Bundesrepublik nimmt immer größere Dimensionen an“) nach

Die Technik, die wir brauchen, hat heute zu einer neuen Dimension der Ästhetik geführt.

Denn die Technik wird nicht mehr in Formen verkleidet, die ihr fremd sind.

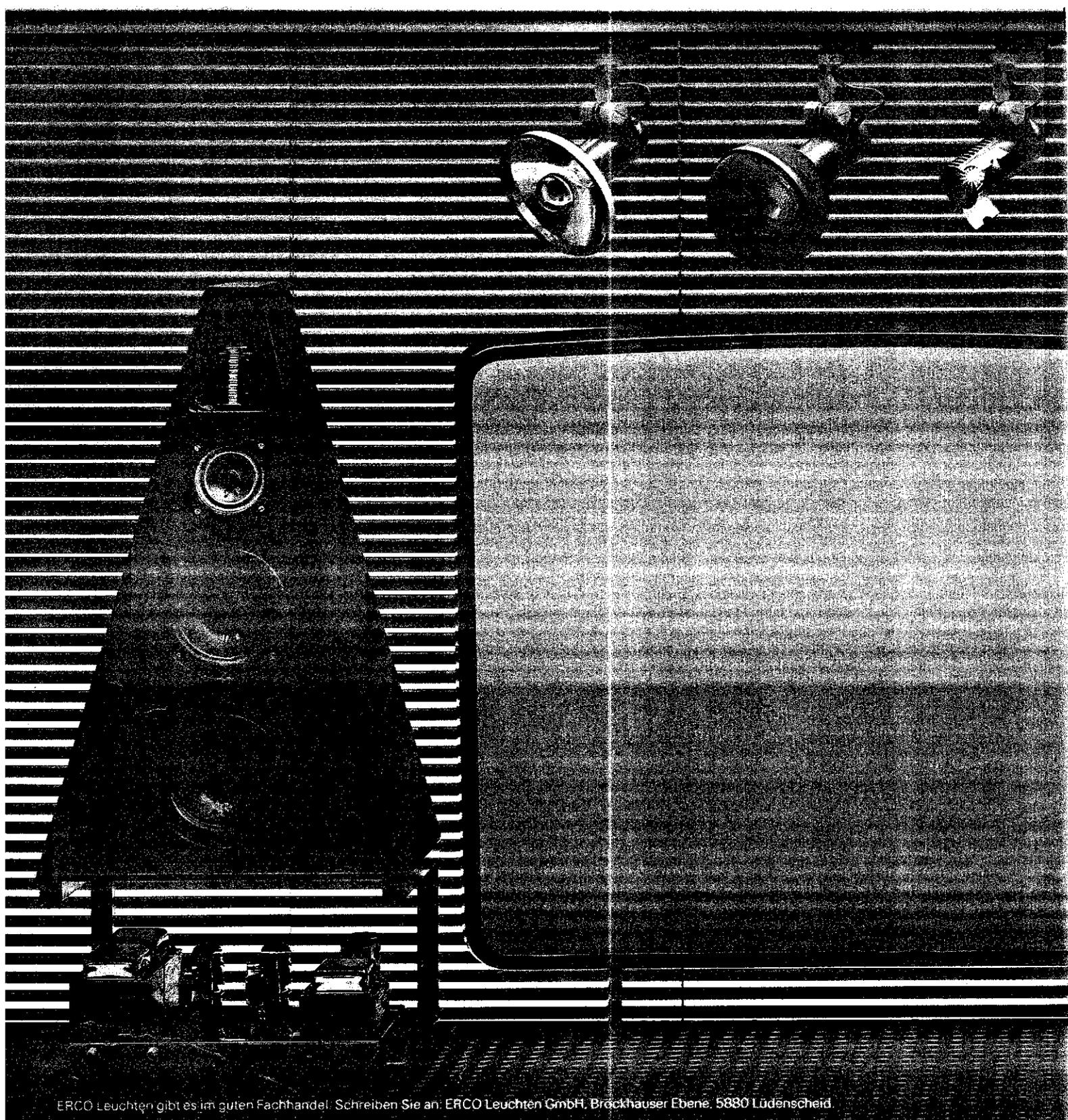
Zwar gibt es ihn noch, den Gelsenkirchener Barock, und Ton- und Fernsehmöbel in alt-deutschen Kommoden, doch von Jahr zu Jahr gibt es weniger davon.

Das liegt nicht unbedingt daran, daß sich der Geschmack gewandelt hat, als vielmehr daran, daß die Einsicht sich gewandelt hat und mit ihr der Geschmack.

Viele nämlich haben eingesehen in den letzten 10 bis 15 Jahren, daß – Stilmöbel hin,

Stilmöbel her, wenn es um die Einrichtung einer Wohnung geht – mindestens die technischen Apparate funktionsgerecht gestaltet sein müssen. Und das dieses funktionelle Design eine eigene, selbständige Schönheit hat.

Nur beim Licht ist diese Er-



ERCO Leuchten gibt es im guten Fachhandel. Schreiben Sie an: ERCO Leuchten GmbH, Bröckhauser Ebene, 5880 Lüdenscheid.

ERCO

leuchtung noch nicht weit verbreitet. Da haben die meisten noch Lichtkörper aus den finsternen Zeiten der Kerzenkultur im Haus.

Dabei kann Licht heute in den Formen des Strahlers mit den unbegrenzt vielseitigen Möglichkeiten der Lichtschiene

alles, was man von ihm erwartet und weitaus mehr, als das mit den Formen der Vergangenheit möglich wäre.

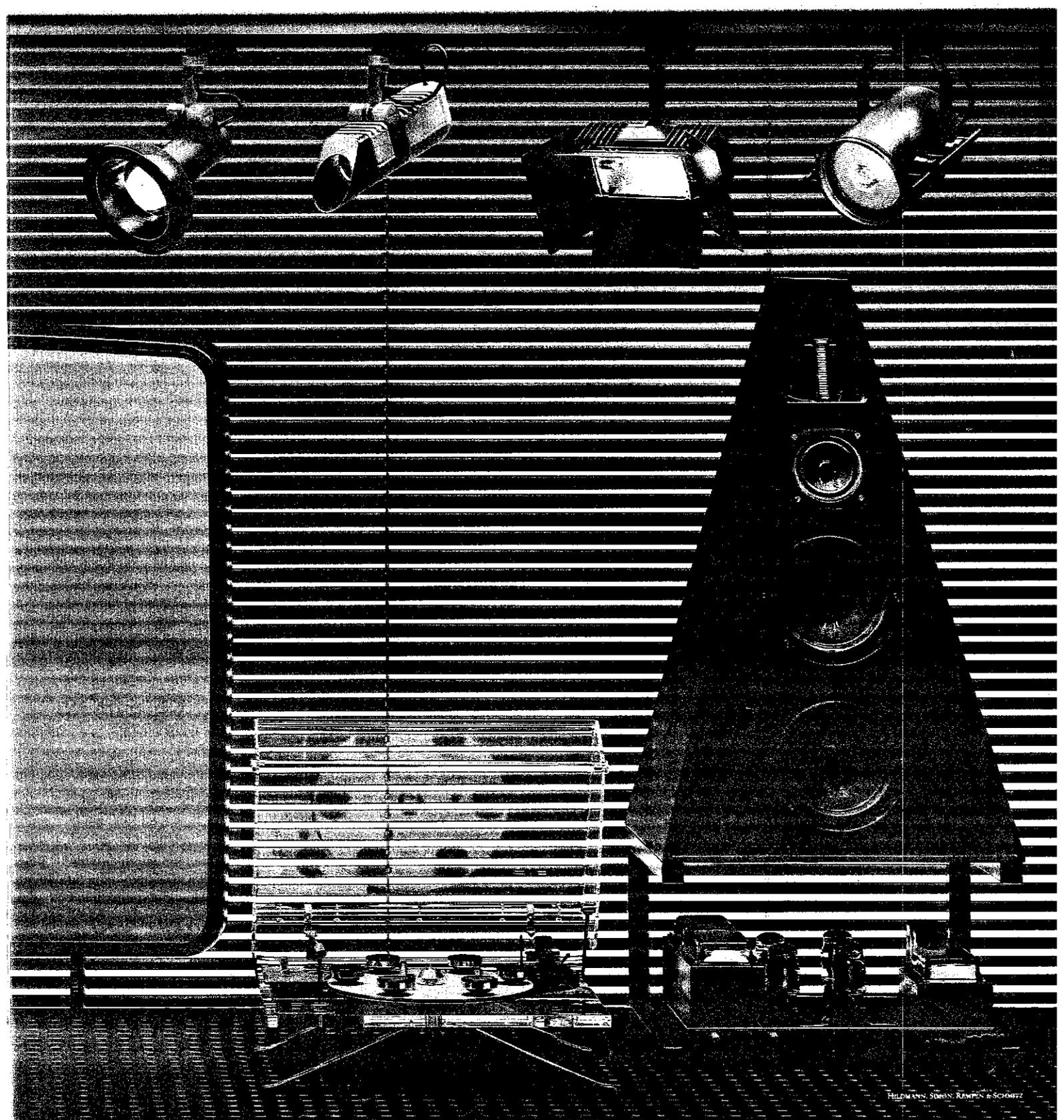
Noch nie zuvor konnte man Licht so bewußt, so gezielt, so individuell nutzen.

Die neuen Möglichkeiten der HiFi-Apparate haben uns an-

ders und besser hören gelehrt, und wir sind froh darüber.

Die neuen Möglichkeiten der Licht-Apparate werden uns anders und besser sehen lehren.

Wenn wir bereit sind, Licht mit neuen Augen zu sehen.



eigenem Bekunden „sehr emotional“ reagiert. Mit vielen „Schrecklich“ und „Entsetzlich“ übernahm er ohne Not das Vokabular aufgeregter Reporter, statt die Affäre auf ihr tatsächliches Ausmaß zu reduzieren und Führungskraft zu beweisen.

Zum Verhängnis wurde Klose, paradoxerweise, daß er unbedacht jene Stichworte aufgriff, die Hamburgs Presse tagelang ausgab. So hatte etwa das „Abendblatt“ am 26. September gemeldet, Justizsenator Dahrendorf — „Skandal“ — sei „im Gifftfall schwer belastet“ (Überschrift), und hinzugefügt: „Was muß in Hamburg eigentlich passieren, bis etwas passiert?“

Als Klose den Justizsenator tags darauf zurücktreten ließ, mußte er sich prompt vorwerfen lassen, den falschen Mann geopfert zu haben. Der SPD-Rechte Dahrendorf sei, schrieb das „Abendblatt“ nun, „für die Opposition der ‚Lieblingssenator‘“ gewesen. Auf seiner Frontseite forderte das Blatt Klose auf: „Treten Sie jetzt mit Ihren Senatskollegen geschlossen zurück.“

Anfang Oktober schmückte Hamburgs „Bild“ eine Reportage aus dem Stoltzenberg-Untersuchungsausschuß der Bürgerschaft gar mit der frei for-

haupt keinen Beweis erhoben... Ein wie auch immer gearteter Beweis ist weder angetreten, geschweige denn erbracht worden... Die gesamte Berichterstattung — soweit die Überschriften betroffen sind — beruht auf bloßen Spekulationen.

Ungleich schwerer mußte Klose der Umstand treffen, daß seine Parteifreunde Paulig und Hartmann in den folgenden Wochen Springer-Zeitungen mit „herber Kritik“ („Bild“) versorgten. Paulig sprach mit „Bild“-Reportern sogar über einen „personell neuen Anfang“ in Hamburg, den „man sich wünschen könnte“, der jedoch nicht möglich sei. Paulig: „Helmuth Schmidt ist zur Zeit Bundeskanzler.“

Schwer auszumachen, was Polit-Profis wie Paulig und Hartmann zu derlei Angriffen veranlaßt hat. Zwischen ihnen und Klose stehen, scheint es, weniger sachpolitische Differenzen als viel-

mehr diffuses Unbehagen und persönliches Machtdenken.

Steile Karriere, lockerer Führungsstil und flinker Intellekt haben dem einstigen Staatsanwalt, Tennisspieler und Sportwagen-Liebhaber Klose nicht nur Zuneigung eingebracht.

Rechten Parteiarbeitern aus dem Gewerkschaftsmilieu galt der Genosse, der im Schickleria-Viertel Pöseldorf wohnt, jahrelang als „eine Art Paradiesvogel“. Und manch ein Altgedienter hält den Bürgermeister, der gelegentlich Kinderbücher illustriert und Stammgast in der Hamburger Pop-Szene ist, für „viel zu schlapp“: „Phosphorbomben auf Hamburg, nach dem Krieg die Sturmflut — was hat unser-eins nicht alles mitgemacht. Aber der Ulli legt die Ohren schon an, wenn gar nichts passiert.“

Selten nur, und dann in vertraulichen Hintergrundgesprächen mit Journalisten, artikuliert sich bei Partei-Oberen inhaltliche Kritik — etwa an der Klose-Formel, Ökonomie sei so wichtig geworden wie Ökonomie, oder an seiner Einschätzung der Grünen, in denen er Ansätze einer „Jahrhundertbewegung“ sieht. Ein Hamburger Spitzenfunktionär dagegen: „Quatsch, das ist der Bodensatz der Chaoten.“

Zum Teil entspringt die Kritik an Klose, wie ein Fraktionsmitglied weiß, „enttäuschter Liebe“ einstiger Klose-Anhänger: Ihnen mißfällt, daß sich der Bürgermeister nicht auf Dauer vom rechten Lager vereinnahmen lassen mochte und nach seiner Abwendung vom Radikalenbeschluß „so tut, als sei er nie dabeigewesen“.

Politisch explosiv wurde der rechte Unmut, als sich in jüngster Zeit das traditionelle Machtgefüge der Hamburger SPD zu verschieben begann;



Beim Tennis

mulierten 120-Millimeter-Schlagzeile: „Der Beweis: Klose sagte nicht die Wahrheit“. Springers Reporter-Richter mußten sich daraufhin vom Ausschußvorsitzenden, dem Industrieanwalt und SPD-Rechten Gerd Weiland, vorwerfen lassen, „wahrheitswidrig“ und „in rechtswidriger Weise“ berichtet zu haben. Weiland in einem Brief an „Bild“-Chefredakteur Günter Prinz:

Diese durch die Überschriften getroffenen Aussagen entsprechen nicht den Tatsachen. Der Untersuchungsausschuß hat zur Frage, ob der Bürgermeister die Wahrheit gesagt hat oder nicht, über-



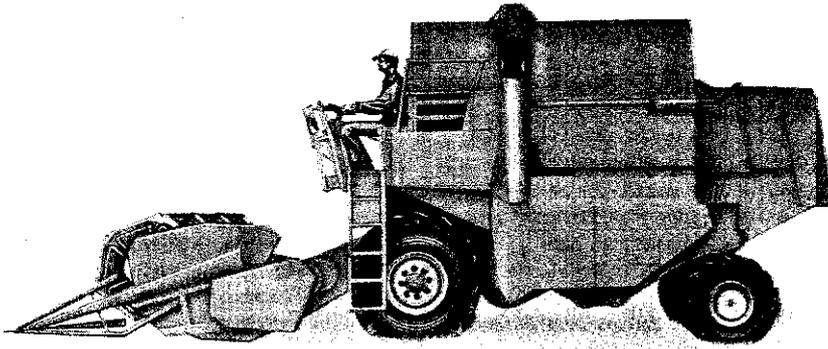
Beim Derby



In der Diskothek, mit Ehefrau Elke

**Bürgermeister Klose: „Was ist in diesen Kerl gefahren?“**

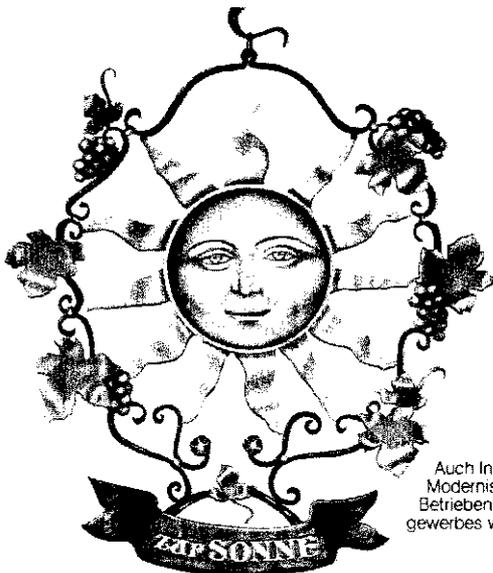
# WARUM LÄUFT JEDER DRITTE KREDIT ZUR BUNDESWEITEN FÖRDERUNG DES MITTELSTANDES ÜBER DIE DG BANK?



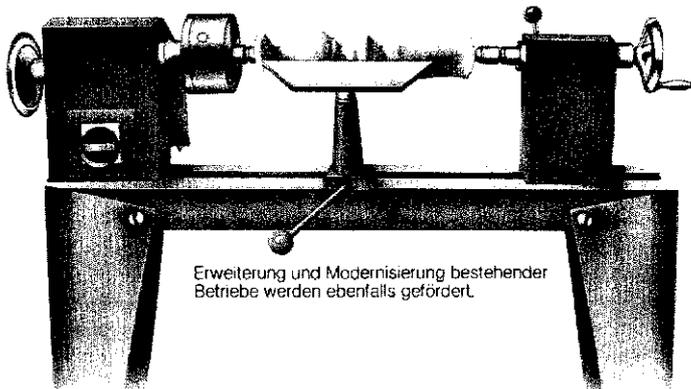
Es gibt über 300 Förderungsprogramme des Bundes und der Länder: zum Beispiel für Investitionen im landwirtschaftlichen Bereich.



Oder zur Existenzgründung mittelständischer Unternehmen.

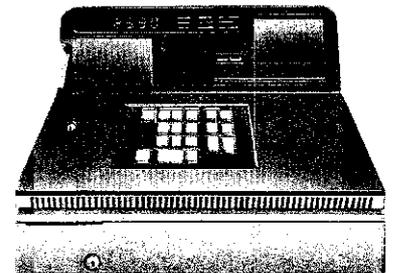


Auch Investitionen zur Modernisierung und Erweiterung von Betrieben des Hotel- und Gaststättengewerbes werden gefördert.



Erweiterung und Modernisierung bestehender Betriebe werden ebenfalls gefördert.

Ebenso betriebliche Investitionen zum Zwecke des Umweltschutzes.



Dem Lebensmittelhandel stehen Förderungskredite unter anderem zur Gründung von Filialen zur Verfügung.



Die deutschen Genossenschaftsbanken werden vom Mittelstand getragen. Deshalb ist die genossenschaftliche Bankengruppe mit ihren 4.600 Volksbanken und Raiffeisenbanken, neun regionalen Zentralbanken und der DG BANK als Spitzeninstitut dem Mittelstand eng verbunden.

Der mittelständischen Wirtschaft bietet der genossenschaftliche Bankenverbund universellen Service – auch bei den Förderkrediten, die der Bund und die Länder für Investitionsvorhaben mittelständischer Unternehmen zur Verfügung stellen. Zu günstigen Zinssätzen und mit langen Laufzeiten.

Auf dem Gebiet der Mittelstandsförderung finden Sie in der genossenschaftlichen Bankengruppe einen besonders engagierten Partner. Ihre genossenschaftlichen Hausbanken beraten Sie ausführlich darüber, welche Förderungsprogramme Sie in Anspruch nehmen können (vorausgesetzt, daß Sie entsprechende Anträge stellen, ehe Sie mit der Verwirklichung Ihres Vorhabens beginnen).

Die DG BANK leitet Förderungsmittel aus überregionalen Programmen an die Kundschaft der genossenschaftlichen Bankengruppe weiter. Deshalb läuft jeder dritte Kredit zu: bundesweiten Förderung des Mittelstandes über uns.

DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank, Postfach 2628, Wiesenhüttenstraße 10, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon: (0611) 26 80-1, Telex: 04 12 291.

Im Verbund der Volksbanken/ Raiffeisenbanken und ihrer regionalen Zentralbanken.



**DIE GESCHÄFTSBANK MIT DER BREITEN BASIS.**



Klose-Karikatur 1978: „Das Hamburger Raketen-Wunder“

Welt am Sonntag

Fraktionsführer Hartmann und Parteichef Paulig sahen ihren Einfluß auf die Senatspolitik schwinden, weil sich Klose lieber von einem Kreis junger Skatfreunde beraten lasse. Neben Senatsprecher Manfred („Bissi“) Bissinger, 39, reizen dessen Stellvertreter Friedrich Wilhelm („Friwi“) Kramer, 32, sowie die Staatsräte Werner („Hacki“) Hackmann, 32, und Helmut („Bili“) Bilstein, 40.

Bissinger, langjähriger publizistischer Springer-Kritiker und 1977 spektakulär gefeuerter Vize-Chef der Illustrierten „Stern“, gilt Kloses Gegnern innerhalb wie außerhalb der Partei als einflußreichster Berater. So üppig wucherten die Legenden, daß der Bürgermeister sich kürzlich gegenüber Lokalreportern zu öffentlicher Klarstellung gezwungen sah: „Rathaus-Rasputine gibt es nicht.“

Zum Ärger über Kloses „Skat-Syndikat“ trat unter rechten Genossen die

Furcht, das traditionelle „eiserne Dreieck“ der Hamburger SPD — personelle Trennung von Bürgermeisteramt, Fraktionsführung und Parteivorstand — könne außer Balance geraten.

Klose nämlich hatte sich in Geheimgesprächen mit Genossen nicht gänzlich abgeneigt gezeigt, auch noch SPD-Chef der Hansestadt zu werden, wenn Paulig, 57, im nächsten Sommer nach einem Dritteljahrhundert Parteiarbeit abtritt. Absehbare Konsequenz: Dem machtbewußten Rathauspolitiker Hartmann würde dann ein superstarker Doppel-Klose gegenüberstehen.

Bonner Spitzen wie Helmut Schmidt drängten daraufhin Hans Apel, die Führung der Hamburger Partei zu übernehmen. Falls der Verteidigungsminister dafür keine Zeit finde, müsse notfalls, so das Bonner Konzept, der Bundestagsabgeordnete und Ex-Major Alfons Pawelczyk an die Heimatfront abkommandiert werden, um Klose zu

bremsen und die Hamburger auf Vordermann zu bringen.

Den Genossenvorwurf, wegen interner Personalquerelen dürften Parteifreunde nun doch nicht gleich die Blätter des Klose-Erzfeindes Springer munitionieren, lassen die Anhänger Pauligs wie Hartmanns nicht gelten. Sie wollen den Bürgermeister, notfalls mit „Bild“-Hilfe, dazu bewegen, „zu seinen sogenannten Beratern Distanz zu gewinnen und wieder so wie früher zu werden“ (ein Fraktionsmann).

Zur Rechtfertigung ihres Kurses berufen sich Klose-Kritiker auf angebliche Äußerungen Helmut Schmidts. Hamburgs Bürgermeister, zitieren sie den Kanzler, arbeite noch immer „dilettantisch“: „Den muß man so lange in den Dreck stoßen, bis er erwachsen ist.“ Aber, beteuert ein Hamburger Genosse, „stürzen wollen wir den Ulli nicht. Irgendwie mögen wir ihn ja alle.“ Paulig im Oktober zur „Bild“-Zeitung: „Ich rate ihm, Rat anzunehmen.“

Inzwischen sieht Paulig seinen Bürgermeister auf dem Weg der Besserung. Ende November befand der Landesvorsitzende, abermals in einem „Bild“-Interview, Klose sei „offensichtlich mit sich zu Rate gegangen“. Und im „Abendblatt“ zeigte sich zur selben Zeit auch Hartmann mit dem geschwächten Klose ganz zufrieden: „Man arrangiert sich miteinander.“

Ob sich Klose, an die kurze Leine genommen, nun bereit findet, nicht nur seinen Stil zu ändern, sondern auch seinen Kurs, steht dahin. „Ein Zurück“, glaubt einer seiner Berater, „gibt es für ihn nicht.“ Allerdings: In einem Zweifrontenkrieg — Presse von vorn, Parteifreunde von hinten — werde der Bürgermeister kaum bestehen können. „Der Mann“, beschrieb ein Klose-Genosse schon vor Wochen die Lage, „hängt in der Steilwand, und die Temperaturen fallen.“

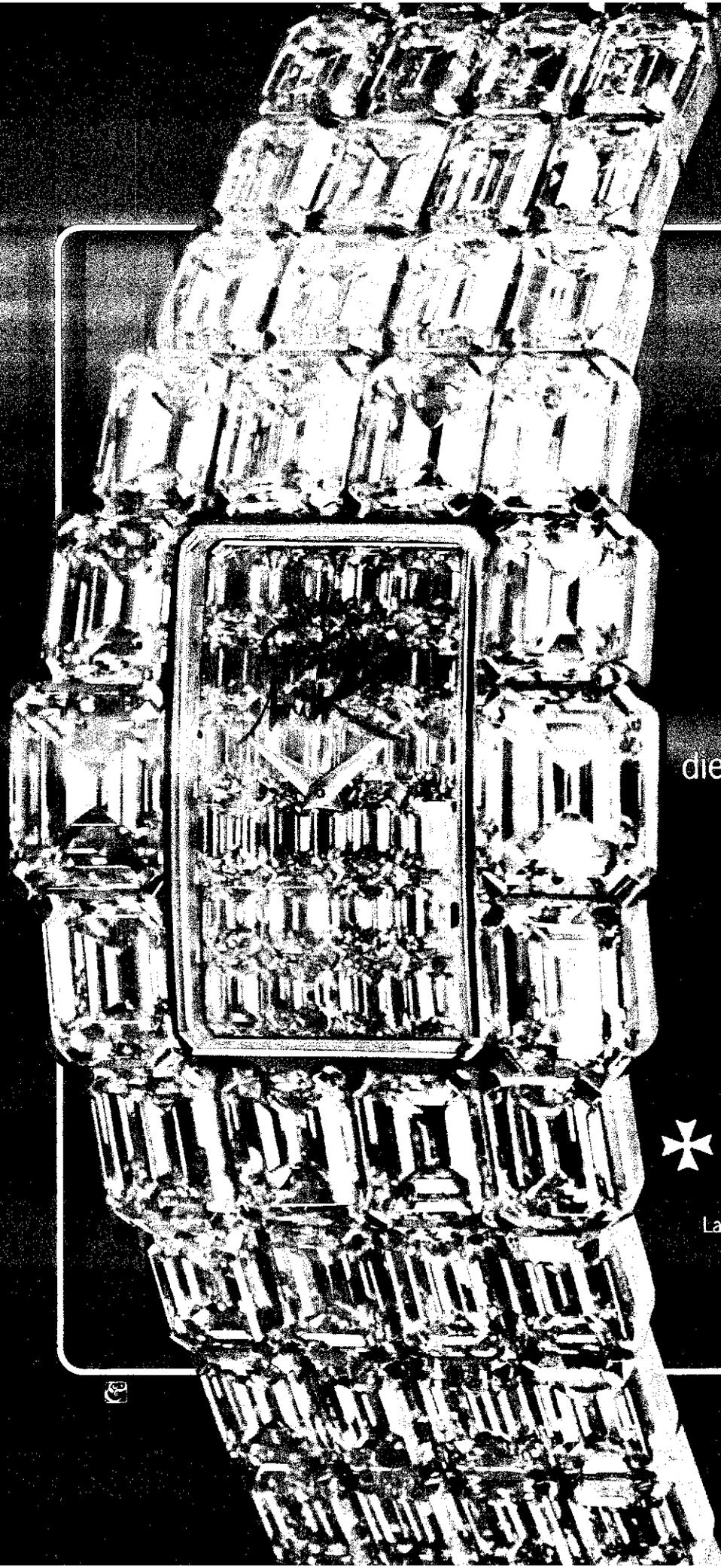
Dauerbeschäftigung mit Politik, das hat der Stadtchef in den letzten Jahren immer mal wieder beklagt, „verkürzt die Persönlichkeit“. Ganz gern wäre Klose „Professor in Amerika“ oder „Pastor in Morsum“ auf Sylt.

Einige würden ihn in Hamburg vermissen. „Respekt“ verdiene, meint die Zürcher „Weltwoche“, daß Klose „die verkrustete politische Landschaft der Bundesrepublik in Bewegung gebracht hat“, und erfreulich sei, „daß neben dem West-Berliner Wissenschaftssenator Pe-



Bild

Klose-Karikatur 1979: „Mien Gott, ick kann keen Hochdütsch mehr, denn se verstaan mi nich!“



*Vacheron  
Constantin*

*Kallista*  
die Wunderbarste...  
und  
die Teuerste  
der Welt.



A Genève, depuis 1755.

✠ **VACHERON  
CONSTANTIN** ✠

Genève  
La plus noble parure du temps



Hamburger Apel: Einsatz an der Heimatfront

ter Glotz ein weiterer Politiker aus dem SPD-Establishment den Dialog mit der resignierten Jugend sucht, ohne Verleumdungen zu scheuen“.

Zweifelhaft sei jedoch, ob Hamburgs Bürgermeister — der mal leichtfüßig, mal melancholisch wirkt — hinreichend Stehvermögen habe, um sich den Gegnern seiner Politik auf Dauer widersetzen zu können. „Kloses Karriere, ob und wie sie weiterverläuft“, schrieb die „Weltwoche“, „wird ein Indiz sein für das Urteil über die nächste Zukunft der Bundesrepublik.“

Hans im Glück, übrigens, ließ am Ende den Schleifstein, statt daran zu arbeiten, in einen tiefen Brunnen plumpsen. Und von aller Last befreit, rief er leichten Herzens aus: „So glücklich wie ich ist kein Mensch unter der Sonne.“

## GLEICHBERECHTIGUNG

### Frust am Herd

**Vor dem Bundesverfassungsgericht will ein Jungeselle einen „Hausarbeitstag“ erzwingen — wie er den Frauen zusteht. Der Fall paßt zum Trend: Zunehmend kämpfen Männer vor Gericht um Gleichberechtigung.**

Vor über dreißig Jahren, als „die ganze Volksgesundheit auf dem Spiel“ stand, sollte das Gesetz „die Leistungsfähigkeit von Arbeitskräften“ erhalten — so die Abgeordnete Grete Thiele im Düsseldorfer Landtag am 28. November 1947.

Ein Vierteljahrhundert später befand der Große Senat des Bundesarbeitsgerichts, daß inzwischen das Leben zwar

„erheblich und wesentlich leichter geworden“ sei, doch die Vorschrift aus der Trümmerzeit sei trotzdem beizubehalten.

Demnächst soll das Verfassungsgericht in Karlsruhe darüber entscheiden, ob die drei Paragraphen „über Freizeitgewährung für Frauen mit eigenem Hausstand“ nicht gegen die Gleichberechtigung verstoßen. Der Kölner Krankenpfleger Ferdinand Mück will das sogenannte Hausarbeitstagesgesetz auch für sich und seinesgleichen beanspruchen: „Ich will nicht benachteiligt werden, weil ich ein Mann bin.“

Das Gesetz, das sich bundesweit nicht durchsetzen konnte und außer in NRW nur in Hamburg, Bremen und Niedersachsen in einer modifizierten Fassung gültig ist, verlangt in allen Fällen den Nachweis eines eigenen Hausstands. Mück erfüllt alle Voraussetzungen für einen freien Tag im Monat. So wie seine Kolleginnen, die Krankenschwestern an der Kölner Uni-Klinik, arbeitet er an sechs Tagen, mindestens 40 Stunden in der Woche. Er hat einen eigenen Hausstand, den er auch selbst versorgt — wie es das Gesetz verlangt. Nur, er ist ein Mann.

Das wurde ihm erst richtig klar, als er aus seiner möblierten Bude in eine eigene Wohnung umzog: drei Zimmer, Küche, Diele, Bad, insgesamt 80 Quadratmeter. „Eigentlich hab' ich es noch schwerer als die Frauen“, sagt er, „mir geht das Putzen nicht so von der Hand. Ich habe das nicht gelernt und bin so nicht erzogen worden.“

Den Arbeitgeber interessierte das nicht. Als Mück im Oktober 1977 einen Hausarbeitstag — bei den Frauen an der Uni-Klinik eine reine Formsache

— beantragte, lehnte der Verwaltungsdirektor „im Einvernehmen mit dem Finanzminister“ ab. Und der Kanzler der Universität beharrte vor dem Kölner Arbeitsgericht auf „biologischen und funktionalen Geschlechtsunterschieden“.

Die Klage, so der Uni-Kanzler, sei abzuweisen. Eine „Ungleichbehandlung von Frau und Mann“ sei durchaus Rechtens, wenn dafür die „schwächere Position im Arbeitsleben“ der Frau gemildert werde.

Der Arbeitsrichter pflichtete bei und zitierte einen höchstrichterlichen Spruch aus dem Jahre 1954: Es sei „der Sinn des Gleichberechtigungsgrundsatzes, die Frauen, die bisher benachteiligt waren, auf den Status der Männer anzuheben“.

Mancher Mann freilich findet inzwischen, daß die Frauen ihn längst abgehängt haben. Der Hamburger Volkswirt Ulrich Hofmann etwa fühlt sich als Mann diskriminiert, „wenn es um die Betreuung von Kindern geht“. Der junge Vater ist ebenfalls in Karlsruhe vorstellig geworden, weil er das gerade sechs Monate alte „Gesetz zur Einführung eines Mutterschaftsurlaubs“ auf die Väter erweitern lassen will.

Denn, typisch für das überkommene Rollenverständnis des Gesetzgebers: An einen Vaterschaftsurlaub hatte keiner gedacht. Hofmann selbst hatte es nur einem konzilianten Arbeitgeber zu verdanken, daß er freigestellt wurde und sich vier Monate lang intensiv um das Baby kümmern konnte, während seine Frau als Lehrerin weiter zur Schule geht. Das Mutterschaftsurlaubsgeld von 750 Mark monatlich wurde ihm allerdings ebenso verwehrt wie die Bezahlung von Sozial- und Krankenversicherung.



Vorwärts